

Die Taktik der Sozialdemokratie

Magdeburgische Zeitung Nr. 406, 13. August 1890

Berlin, 12. August. Die Taktik der Sozialdemokratie beschäftigte eine heute Abend im großen Saale der „Volksbrauerei“ (Alt-Moabit) abgehaltene, sehr zahlreich besuchte Versammlung des sozialdemokratischen *Wahlvereins* für den sechsten Berliner Reichstagswahlkreis, wobei es zu ziemlich turbulenten Szenen kam. Schriftsteller Dr. Bruno **Wille** bemerkte einleitend: Die Aufhebung des Sozialistengesetzes mache eine andere Taktik der sozialdemokratischen Partei notwendig. Wenn hierüber innerhalb der sozialdemokratischen Partei Meinungsverschiedenheiten bestehen, so sei das durchaus keine Spaltung. Eine solche könne auch in einer Partei wie der sozialdemokratischen gar nicht entstehen. Allein es entstehe die Frage, ob die Partei sich wie bisher an den Arbeiten des Reichstags beteiligen solle, da doch feststehe, dass die Arbeiter, so lange sie die Sozialdemokraten nicht die Mehrheit im Reichstage haben, durch denselben niemals etwas erreichen werden. Er sei für eine Wahlbeteiligung und sei auch dafür dass die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage reden. Allein diese mögen ihre Reden so einreichen, dass sie zum Fenster hinaus sprechen, mit einem Wort, die sozialdemokratischen Abgeordneten haben ihr Mandat lediglich in agitatorischen Sinne auszuüben, nicht aber hohe Politik zu machen und einen Arbeiterschutzwurf einzubringen, der doch bloß in den Papierkorb wandert. (Beifall und Widerspruch.) Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben das Parlamentieren den bürgerlichen Parteien zu überlassen, sie mögen zum Volke zurückkehren, aus dem sie hervorgegangen sind und anstatt sich an den für die Arbeiter vollständig unfruchtbaren Reichstagsarbeiten zu beteiligen, lieber Rundreisen machen, in allen Orten Volksversammlungen abhalten und agitatorische Flugschriften abfassen. Wenn die sozialdemokratische Fraktion fortfährt, sich in der bisherigen Weise an den parlamentarischen Arbeiten zu beteiligen, dann entsteht die Gefahr, dass bei uns eine Possibilistenpartei, ähnlich wie in Frankreich, entsteht. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.) Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes war es vielleicht nötig, der Fraktion unumschränkte Vollmacht einzuräumen; wenn diese Vollmacht aber weiter belassen wird, dann dürfte es nicht ausbleiben, dass in der Partei eine Korruption Platz greift, dass sich ein Heer von Strebern, Heuchlern und Schmeichlern bildet, *Geschäftssozialisten* entstehen, wie wir sie bereits zum Teil haben. (Beifall und Widerspruch.)

Zunächst muss ich mich gegen den Modus wenden, nach dem die Delegierten zum Kongress gewählt werden sollen. Die großen Berliner Wahlkreise sollen nicht mehr Delegierte wählen dürfen, als irgendein kleiner hinterpommerscher Wahlkreis. Wir tadeln eine solche Wahlgeometrie der Regierung, wenden sie aber selbst an, obwohl es sich um die für uns so sehr wichtige Wahl der Delegierten zum Kongress handelt. Durch den Organisations-Entwurf

wird die Fraktion aber vollends die herrschende Macht in der Partei. (Beifall und heftiger Widerspruch, lautes Oho! Lärm). Ich wiederhole diese meine Behauptung, denn nach dem Organisations-Entwurf ist die Fraktion befugt, die Vorstandsmitglieder zu besolden, sie ihres Amtes zu entheben, die dadurch entstandenen Lücken zu ergänzen usw. Da dem Parteivorstand die Kontrolle über die Parteikassee zusteht, der Parteivorstand aber von der Fraktion abhängt, so wird jede Kritik, die gegen die Fraktion gerichtet ist, unterdrückt werden und die Partei wird schließlich in eine Starrheit verfallen und in ihrer freien Entwicklung vollständig gehemmt werden. (Beifall und Widerspruch.) Derartige Verhältnisse dürfen aber innerhalb der sozialdemokratischen Partei nicht Platz greifen. Wir erkennen die Verdienste eines *Bebel* und eines *Liebknecht* wohl an, wir kennen aber keinen Autoritätsglauben und wollen uns ganz besonders nicht als Stimmvieh behandeln lassen. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes hat sich eine Anzahl kleiner Autoritäten gebildet; gegen diese wollen wir ganz besonders ankämpfen. Wenn *Bebel* sagt: die Gegner lachen über die in der Partei zu Tage tretenden Differenzen, so bemerke ich: uns kümmert das Lachen der Gegner eben so wenig, wie den Genossen *Bebel*, wenn die Gegner über seine Reden im Reichstage lachen. Es ist jedenfalls besser, wir wachsen unsere schmutzige Wäsche jetzt und kommen in reiner Wäsche auf den Kongress, als wenn wir auf dem Kongress mit schmutziger Wäsche erscheinen. (Lebhafter Beifall.)

Maler **Spohr**: *Lassalle* sagte, die Arbeiter müssten ihre Macht in die Hand eines tüchtigen Führers geben, damit diese Macht zum Hammer werde, mit dem tüchtige aufgeschlagen werden könne. Wir haben nun seit Einführung des Sozialistengesetzes unsere Macht in die bewährten Hände von *Bebel* und *Liebknecht* gelegt und wir können mit der Wahrnehmung unserer Interessen gewiss zufrieden sein. (Stürmischer Beifall.) Wir können diesen altbewährten Führern jedenfalls mehr trauen, als einem jungen unerfahrenen Schriftsteller, der vielleicht, wie viele andere vor ihm, der Partei beigetreten ist, um seine Produkte los zu werden. (Beifall und heftiger Widerspruch. Lärm. Rufe: Pfui! Schluss!) Ich freue mich, dass auch Schriftsteller sich unserer Partei anschließen, allein unsere Reichstagsabgeordneten haben bis jetzt noch immer die Fahne der Sozialdemokratie hoch gehalten. (Beifall und Widerspruch.)

Schlosser **Dornbusch**: Das Sozialistengesetz habe es notwendig gemacht, dass der Fraktion eine größere Machtbefugnis eingeräumt wurde, Schaden habe dies bisher der Partei nicht gebracht. Dass in Deutschland eine Possibilistenpartei entstehen könnten, sei undenkbar. (Beifall und Widerspruch.)

Sattler **Börner**: Ich achte den Genossen *Bebel* sehr hoch, allein es ist nicht zu leugnen, dass durch das Sozialistengesetz, das eine Reihe von Spitzeln in-

nerhalb der Partei gezeitigt hat, auch eine gewisse Korruption eingerissen ist. (Beifall und Widerspruch.) Diese Korruption ist selbst in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vertreten und selbst *Bebel* ist nicht frei davon. (Stürmische Unterbrechung.) In prinzipieller Beziehung hält *Bebel* die Fahne der Sozialdemokratie wohl noch immer sehr hoch, allein bezüglich der Politik ist er korrumpiert. (Widerspruch.) *Bebel* hat sich eben zu wenig unter uns bewegt, wer ist uns durch das Sozialistengesetz entfremdet worden, sonst hätte er nicht in der Versammlung bei Lieps gesagt: unsere Führer in Berlin haben Dummheiten gemacht. Genosse *Bebel* hat durch sein Auftreten die Spaltung in der Partei provoziert. (Heftiger Lärm, Widerspruch.) Ich habe den Genossen *Bebel* gefragt, weshalb dem Unfug, dass das „*Volksblatt*“ Prospekte von Aktiengesellschaften aufnimmt, nicht gesteuert werde. *Bebel* antwortete: dagegen lässt sich nichts machen, denn derartige Inserate bringen Geld. (Hört! Hört!) Als der Leitartikel im „*Berliner Volksblatt*“ erschien, in dem Kaiser Friedrich und die Kaiserin Victoria so sehr gerühmt wurden, da begab ich mich als damaliger Vorsitzender des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises in Auftrage dieses Vereins zu Herrn *Singer*. Dieser antwortete mir auf meine Frage: wer den Artikel geschrieben habe: das ist Redaktionsgeheimnis. (Hört, hört!) Ist das nicht Interessenpolitik? (Beifall und Widerspruch.) Der Redakteur *Cronheim*¹ hat sich sogar von dem amerikanischen Reklamehelden Buffalo Bill 500 M zahlen lassen. (Hört, hört!) Und dabei geht man noch mit der Ansicht um, die „*Berliner Volkstribüne*“ zu unterdrücken. Man macht uns den Vorwurf, dass wir noch sehr jung sind. Allein auf die Jugend baut sich die Sozialdemokratie auf. Die Alten haben viel für die Partei getan, Personen nützen sich aber ab und im politischen Leben gibt es keine Dankbarkeit, am allerwenigsten in der sozialdemokratischen Partei: Wenn jemand für die Partei tätig gewesen ist, dann geschah dies nicht unseretwegen, sondern seiner Überzeugung wegen. (Beifall und Widerspruch.)

Schumacher **Bajak**: Die Berliner dürfen sich nicht einbilden, dass sie weiter fortgeschritten sind, als die Genossen in der Provinz. Es darf nicht vergessen werden, dass die tüchtigsten Elemente aus Berlin ausgewiesen worden sind. Es ist jedenfalls Unrecht, einen Mann wie *Bebel* in der Weise, wie es geschehen, zu verdächtigen, der viele Jahre hinter Kerkermauern zugebracht und im Interesse der Partei seine Gesundheit geopfert hat. (Stürmischer Beifall.) Wenn auch die Fraktion eine gewisse Machtbefugnis hat, so schützt uns unser Programm, dass unsere Prinzipien nicht verletzt werde. (Beifall und Widerspruch.)

Schumacher Max **Baginsky**: In welcher Weise die Fraktion ihre Herrschaft ausübt, hat der Aufruf betreffs der Feier des 1. Mai bewiesen, der dem der Berliner Genossen direkt widersprach. Als eine in

einer Volksversammlung gewählte Kommission im „*Volksblatt*“ die Aufnahme einer Gegenerklärung verlangte, wurde von der Redaktion bei *Bebel* per Telefon angefragt. Dieser telefonierte zurück: er wünsche keine Diskussion über diesen Gegenstand. Daraufhin wurde die Kommission abschlägig beschieden. (Hört, hört!) Gegen ein derartiges Unterdrückungssystem müssen wir mit aller Entschiedenheit Front machen. (Lebhafter Beifall.) Derartige Zustände müssen zur Korruption führen. Wie weit dieselbe schon eingerissen ist, geht aus dem Umstande hervor, dass der Abgeordnete Rechtsanwalt Stadthagen in seinem Wahlkreise Niederbarnim unter sozialdemokratischer Flagge Flugblätter freisinnigen Inhalts hat verteilen lassen, bloß um dasselbst gewählt zu werden. (Hört, hört!) Derartigem Unfug muss mit aller Macht gesteuert werden. (Stürmischer Beifall.)

Arbeiter **Neukrantz**: Welche Macht die Fraktion auszuüben sucht, geht aus einem Bericht des „*Volksblatts*“ hervor, wonach am Sonntag in Dresden eine Versammlung abgehalten wurde, in der *Bebel* ein Vertrauensvotum bekam. Es heißt in dem Bericht: „Es wurde nicht öffentlich, sondern nur unter der Hand eingeladen, um die Gaffer und Neugierigen fern zu halten. (Hört, hört! Lebhaftes Pfuirufe.) So handeln wohl die Fortschrittler bisweilen, in der Sozialdemokratie ist aber ein derartiges Vorgehen unerhört. (Sehr richtig!) Wir werden unsere Delegierten mit einem gebundenen Mandat nach dem Kongress schicken müssen und sie verpflichten, ganz besonders zu protestieren, dass der Fraktion die Kontrolle über die Presse eingeräumt werde.“

In ähnlichem Sinne sprach noch Tapezierer **Wildberger**, der den von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Arbeiterschutz-Gesetzesentwurf als nicht den Beschlüssen des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris entsprechend bezeichnete. Ferner sprach noch in demselben Sinne Kaufmann **Türk** und Zigarrenhändler **Heitmann**. Alsdann wurde beschlossen: 1) „Bei der Parteileitung dahin zu wirken, dass je 5000 Genossen berechtigt seien, einen Delegierten zum Kongress zu wählen; 2) *die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Dr. Wille einverstanden*, ersucht den Kongress, die Taktik der Berliner Genossen nicht in Zweifel zu ziehen, und den Anträgen, die im Interesse der Fortentwicklung der Partei auf eine veränderte Taktik gerichtet sind, zuzustimmen; 3) dem von der deutschen Regierung an Russland ausgelieferten Genossen *Stawinsky* das Mitgefühl und den Wunsch der Versammlung auszudrücken, dass ihm die Ketten leicht werden mögen.“

Danach schloss die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die „*internationale revolutionäre Sozialdemokratie*“ gegen 1 Uhr nachts.

Quelle: www.geschichtevonunten.de
Zuletzt aktualisiert: 27.09.2010

¹ Der Redakteur des „*Berliner Volksblatt*“, Cronheim, widersprach in einer öffentlichen Erklärung diesen Beschuldigungen. [MZ Nr. 411 vom 16. August 1890]